



Homophobie bekämpfen, Gleichberechtigung schaffen

Homophobie bekämpfen, Gleichberechtigung schaffen
Zum Internationalen Tag gegen Homophobie erklärt Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: "Noch immer werden weltweit Lesben und Schwule, Transgender und Transsexuelle bedroht und verfolgt, sogar gefoltert und ermordet - nur, weil sie ihre Liebe nicht verstecken und Respekt für sich einfordern. Wir dürfen nicht zulassen, dass ihnen elementare Menschenrechte verweigert werden. Ihre Rechte müssen wir stärken, ihnen gilt unsere Solidarität und Unterstützung. Besonders dramatisch ist die Situation in einigen afrikanischen und arabischen Ländern, Homosexuelle müssen mit hohen Haftstrafen rechnen. In Katar, dem Land der Fußball WM 2022, werden Homosexuelle kriminalisiert und mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bedroht. Die Bundesregierung tut zu wenig und schaut zu häufig weg. Dabei muss auf Länder mit institutionalisierter Diskriminierung mehr internationaler Druck ausgeübt werden. Elementare Menschenrechte müssen für alle gelten. Genauso in vielen Ländern Osteuropas, auch in Russland, in denen Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit mit Füßen getreten werden und im Auftrag des Kreml die gezielte Diskriminierung und Repression von Schwulen und Lesben per Gesetz festgeschrieben und von den staatlichen Behörden rigoros betrieben wird. Das muss von Seiten Deutschlands und der EU gegenüber Russland zur Sprache kommen und Konsequenzen haben." Auch in Deutschland ist Diskriminierung noch nicht überwunden. In Artikel 3 des Grundgesetzes muss ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Wir brauchen eine Reform des Transsexuellenrechts, das Freiheit und Selbstbestimmung zum Leitbild hat. Und wir können und müssen noch mehr tun für die rechtliche Anerkennung und Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und das gemeinschaftliche Adoptionsrecht ermöglichen. Viele Kinder leben bereits mit zwei Müttern oder Vätern. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Für uns ist klar: Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein."
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesvorstand
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin
Email: presse@gruene.de
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.